

Danziger Zeitung

№ 18089.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherrhagergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. Januar. (Privattelegramm.) Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Zanzibar gemeldet: Leutnant v. Graevenreuth (welcher von Bana Serl gefangen genommen sein sollte) ist in Bagamoyo angelangt.

Berlin, 14. Jan. (Privattelegramm.) Bei der heute begonnenen Ziehung der vierten Klasse der 181. königl. preussischen Klassen-Lotterie wurden Vormittags gezogen:

5 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 13 854
17 636 100 870 150 858 155 658.

3 Gewinne von 5 000 Mk. auf Nr. 54 122
124 592 184 888.

Paris, 14. Januar. (M. I.) Die Zeitungen tadeln fast einstimmig das scharfe Verfahren Englands gegenüber Portugal als eine Verletzung des Protokolls der Berliner Conferenz.

Madrid, 14. Januar. (M. I.) Einem offiziellen Bulletin von heute Morgen 2 Uhr zufolge ist das Befinden des Königs unverändert. Die Besserung dauert fort.

Lissabon, 14. Januar. (Privattelegramm.) Als es bekannt wurde, daß die Regierung sich dem englischen Ultimatum unter Protest, weil von einer Großmacht gezwungen, unterworfen habe, wurde das britische Consulat trotz Polizeischutzes von einer Volksmenge angegriffen; es wurden die Fenster eingeschlagen und das Wappen zertrümmert.

St. Louis, 14. Jan. (Privattelegr.) Der (schon erwähnte) Cyclon hat furchtbaren Schaden angerichtet. Mehrere große Gebäude, Fabriken, Kirchen, sowie der südwestliche Theil der Stadt sind theilweise zerstört, viele Menschen getödtet und verletzt. Dem Schneesturm folgte ein Orkan, welcher einen Personenzug vom Geleise wegte.

— In Versailles (Rentuch) brach in einem Marstall Feuer aus, wobei 35 Rennpferde verbrannten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Januar.

Landtagsvorlagen.

In unseren früheren Berichten haben wir bereits eine Anzahl von Vorlagen erwähnt, deren Erledigung Aufgabe des morgen wieder zusammentretenden preussischen Landtages sein wird. Wir fügen weiter hinzu, daß demselben auch eine Novelle zum Beamten-Pensionsgesetz zugehen wird, welche insbesondere bestimmt ist, die Art und Weise der Anrechnung früherer Dienstjahre zu reguliren und die bestehenden begünstigten Unzulänglichkeiten zu beseitigen.

Eine weitere Angelegenheit, mit welcher sich der Landtag zu befassen haben wird, ist der Bau eines neuen Abgeordnetenhause. Vorausichtlich werden dem Landtage Situationspläne über die in Frage kommenden Bauplätze zugehen, und es ist zu wünschen, daß man über die vorliegende Frage endlich ein befriedigendes Einverständnis erzielt. Die derzeitigen Mißstände des Gebäudes für die Abgeordneten sind wohl als notorisch zu erachten, und es besteht über das Bedürfnis eines anderweitigen Baues kaum ein Zweifel, so daß man wohl nun schließlich sich auch über die Mittel und Wege zur Durchführung eines solchen schlußig machen wird.

Neben der schon erwähnten Wiedervorlage der Geschenkverträge betr. die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden und die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien wird dem Landtage auch eine Haubergordnung unterbreitet werden. Dagegen haben neuerliche Erwägungen bezüglich der Wiedereinbringung des Geschenkvertrages betr. die Theilung des Regierungsbezirks Schleswig zu einem negativen Ergebnis geführt.

Was die so viel erörterte Angelegenheit der Steuerreform anbelangt, so bezeichnet es die „Staat.-Corr.“ als nicht ausgeglichen, daß bei Eröffnung des Landtages Erklärungen von maßgebender Seite abgegeben werden, aus welchen hervorgeht, daß auf die Durchführung der seiner Zeit angekündigten Reform der directen Steuern keineswegs verzichtet, sondern allen Ernstes bestanden wird.

Die Volksschullehrer im Militärdienst.

Bei der zweiten Beratung des Militäretats in der gestrigen Reichstagsitzung brachte, wie in unserm telegraphischen Parlamentsbericht bereits erwähnt, der Abg. Richter eine Reihe von Ärgernissen über die schlechte Behandlung zur Sprache, welche zu einer lehrschädlichen Uebung eingezogene Volksschullehrer im September und Oktober vorigen Jahres erdulden mußten, und die sich auf 11 verschiedene Garnisonen bezogen. Die Ärgernisse richteten sich fast ausschließlich gegen Second- und Premier-Leutenants, welche mit Schimpfwörtern, die aus allen möglichen Klassen des Tierreichs entnommen sind, um sich geworfen hätten. Redner zählte eine Reihe von Fällen auf, wo die Lehrer gerade mit Beziehung auf ihren Beruf geschimpft worden seien. U. a. habe ein Lieutenant gesagt:

„Seht euch das Schwein an, das ist ein Lehrer, der gestern das zweite Gmamen gemacht hat, der ist aber eben so dumm oder noch dummer als ihr!“

Ein anderer sagte:

„Die Lehrer sind der Fleck der Nation, sie tragen die revolutionären Gedanken ins Volk.“

Der Kriegsminister erkannte zwar an, daß Beleidigungen eines ganzen Standes „höchst bedauerlich“ seien, suchte aber im übrigen die Sache en bagatelle zu behandeln und machte den Lehrern Vorwürfe, daß sie nicht den militärischen Beschränkungen bestritten, er ging sogar so weit, anzudeuten, daß die Lehrer es an Strebsamkeit und Eifer fehlen ließen und daß unter derartigen Verhältnissen zu überlegen sei, ob den Lehrern noch fernerhin die bisherigen Vergünstigungen zu gewähren seien. Abg. Richter erwiderte, daß diese Begünstigungen doch nicht dem einzelnen Lehrer, sondern dem Stande im öffentlichen Interesse gewährt seien; daß die Lehrer ebenso wie andere Soldaten wegen der erwähnten Beleidigungen und Mißhandlungen den Weg der Beschwerde nicht beschritten, habe seine guten Gründe. Auch der Abg. Kulemann erkannte das an und konstatierte, daß in Braunschweig die Lehrer angemessen seien, ihre Beschwerden bei dem Conflictorium anzubringen, welches sich dann mit der Militärbehörde ins Einvernehmen setze; er sei der Ansicht, die im Reichstage zur Sprache gebrachten Uebelstände müßten durch eine allgemeine Verfügung in schärferer Weise verurtheilt werden. Das Ansehen des Lehrerstandes, auf welchem die Bildung des Volkes beruhe, werde durch die gerügten Behandlung derselben stark geschädigt. Jetzt erst sah sich der Kriegsminister veranlaßt zu erwähnen, daß mit neuem Nachdruck auf die Unzulässigkeit solcher Behandlung der Lehrer hingewiesen worden sei. Abg. v. Unruhe-Bomst meinte, die Mißstände würden wegfallen, da die Lehrer jetzt mit der Ersatzreserve ausgebildet würden, worauf Abg. Richter feststellte, daß die von ihm erwähnten Fälle sämtlich aus dem letzten Herbst datierten, also aus einer Zeit, wo die Ausbildung der Lehrer mit der Ersatzreserve bereits stattgefunden. Diese Einrichtung vergrößere die Wirkung von Beleidigungen und Mißhandlungen, da dieselben vor Leuten desselben Orts und geringerer Bildung verübt würden, so daß die Autorität des Lehrers vor seinen Gemeindegliedern untergraben würde.

Es ist im höchsten Grade wünschenswerth, daß eine derartige Behandlung von Lehrern zur Unmöglichkeit gemacht wird. Es ist doch mindestens ein eigenartiger Contrast, wenn Lehrer in der Erfüllung ihrer militärischen Pflicht derartig behandelt werden, während der Staat von ihnen verlangt, daß sie den zukünftigen Bürger und Soldaten mit „Vaterlandslebe“, d. h. also auch mit Liebe zum Soldatenstande erfüllen, daß sie ihren Schülern mit Lust und Liebe die Heldenthaten unserer Soldaten schildern.

Herr v. Hammerstein.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns: Die Mittheilung des „Frankf. Journals“, daß ein Verbot der „Areuzig.“ auch für Militär-Kasinos u. s. w. ergangen sei, ist in dieser Form nicht zutreffend. Gleichwohl hört man, daß auch ohne ein solches besonderes Verbot der Feiern der „Areuzig.“ in Offizierskreisen sich erheblich vermindert hat. Schon die frühere Kundgebung gegen die „Areuzig.“ im „Reichsanzeiger“ hat die Wirkung gehabt, das Organ des Freiherrn v. Hammerstein durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu verdrängen. Inzwischen veröffentlicht der Vorsteher des konservativen Wahlcomités im Bielefelder Kreise in der „Neuen westf. Volksztg.“ eine Erklärung gegen die „Berl. Pol. Nachr.“, wonach eine Wahlagitatorik bisher überhaupt noch nicht in Angriff genommen sei. Es habe nur eine Comitésitzung und darnach eine vertrauliche Besprechung in einem ganz beschränkten Kreise stattgefunden. Bei diesen Gelegenheiten aber sei nichts gesagt worden, was den Behauptungen der „B. P. Nachr.“ irgendwie entspräche. Immerhin scheinen trotz der Beschränkung der Besprechungen auf die Comitésitzung Mittheilungen über diese Verhandlungen an den Landrath von Dürstth gelangt zu sein, welche zu dem Schreiben des Kaisers an Geh.-Rath Hinckelberg Veranlassung gegeben haben. Ueber den wirklichen Verlauf der Dinge wird eine Erklärung nicht ausbleiben. Uebrigens verläutet jetzt schon, daß in Folge dieser Vorgänge eine Spaltung der Conservativen im Kreise Bielefeld sich vorbereitet und daß seitens der gemäßigten Conservativen die Candidatur des Landraths v. Dürstth in Aussicht genommen ist. In diesem Falle würde das Schicksal der Candidatur Hammerstein lediglich vom Verhalten der Centrumspartei abhängig sein.

Im Grunde genommen ist dieser ganze Streit in gewissem Sinne von nur sehr geringem Belang. Ob Hammerstein oder Delius — so hieß der Bielefelder Candidat — oder Dürstth: conservativ ist conservativ und zum Carrell gehören alle drei.

Bergarbeiterbewegung.

Wie aus Aachen vom 13. Januar gemeldet wird, wurde gestern von einer in Weisweiler durch etwa 300 Arbeiter des Schwellers Bergwerksvereins abgehaltenen Versammlung eine aus 6 Mitgliedern bestehende Deputation gewählt, welche mit der Direction des Schwellers Bergwerks-Vereins über die Gewährung der vollen Hälfte des Schichtlohns als Arankengeld, über die bessere Regelung der Bedinge, über eine Lohnaufbesserung für die Schlepper, Tagelöhner und alten Häuser, sowie über den Wegfall des Wagens nullens resp. Zuziehung von 2 Bergarbeitern zur Befestigung bemängelter Wagen verhandeln soll.

Einer von gestern datirten Meldung aus Charleroi zufolge haben die dortigen Arbeitgeber, welche die Ueberzeugung erlangt haben, daß die Bergarbeiter von ihren Forderungen nicht ablassen werden, beschlossen, im Prinzip eine Verminderung der

Arbeitsstunden zu bewilligen. Der Strike wird als beendet angesehen.

Ausgerungen eines österreichischen Botschafters.

Dem der ungarischen Regierung nahestehenden „Pester Lloyd“ wird von vollkommen zuverlässiger Seite über die Ausgerungen des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen János gegenüber einem Mitarbeiter des Pariser „Evénement“ Folgendes mitgetheilt: Zunächst bezeichnete Graf János die über den Souverän von Oesterreich-Ungarn in Paris verbreiteten Meldungen als vollkommen falsch und erklärte, daß schon die Motivirung der dem Kaiser unterzeichneten Abkürzen der betreffenden Sessionen die für Oesterreich-Ungarn daraus erwachsenden, vertragsmäßigen Verbindlichkeiten durch die Veröffentlichung des diesfälligen Abkommens hinlänglich bekannt seien. Ebenso wenig habe der Botschafter gesagt, daß die österreichisch-ungarische Regierung nur gezwungen diese Allianz eingegangen sei, noch daß Frankreich von Oesterreich-Ungarn nichts zu befürchten habe.

Im ungarischen Abgeordnetenhause.

erklärte gestern bei der Verhandlung über das Budget des Handelsministeriums der Handelsminister Baross, auf ihn sei in Betreff der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft keinerlei Einfluß geübt worden. Die Donauschiffe werde, wenn man derselben bedürfe, fertig sein. Der Donauverkehr werde den Staatsbahnen zu Liebe nicht vernachlässigt. In der jüngsten Zeit seien bedeutende Schiffbesetzungen erfolgt: es werde alles geschehen, daß, wenn die Regulierungsarbeiten fertig gestellt seien, Ungarn mit einer ungarischen Dampfschiffahrt dasei und daß seine Interessen auch auf der Donau mit seinen Schiffen vertreten werden. (Rufe links: Auch als Staat?) Der Minister erwiderte: Auch als Staat. (Der Botschafter allgemeiner Beifall.) Er, der Handelsminister, könne einen Ausgleich mit der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft um jeden Preis nicht befürworten. Die Verbreiter tendenziöser Nachrichten, als ob russische oder andere Unternehmungen bemüht wären, an der unteren Donau ihre Herrschaft zu begründen, würden auch die Regierungen der österreichisch-ungarischen Monarchie bereit finden, ihre Interessen daselbst zu vertreten.

England und Rußland in Persien.

Den letzten Nachrichten aus Teheran zufolge macht Rußland neuerdings sehr große Anstrengungen, den Einfluß, den es seit ungefähr zwei Jahren durch die Bemühungen und zu Gunsten Englands eingebüßt, wiederzugewinnen. In engem Zusammenhange hiermit steht der Wechsel in der Leitung der russischen Gesandtschaft, und man setzt in Petersburg auf Herrn v. Bülow die besten Hoffnungen. Indessen ist das Sinken des russischen Einflusses in Persien weniger den Fehlern der russischen Diplomatie, als der großen Indolenz der russischen Handelsleute zuzuschreiben, die der regalen Thätigkeit der englischen Kapitalisten kein Gleichgewicht zu bieten vermögen. Was man in Petersburg dem früheren Gesandten, dem Fürsten Dolgorouki nicht verzeihen kann, ist, daß während seiner Amisitätsgänge England sich die freie Schifffahrt am Karunkflusse zu sichern suchte, und daß Baron Reuter die Concession für die Bank in Teheran gewann. Die russische Presse wird daher nicht müde, Herrn v. Bülow alle erdenkliche Vorsicht und Wachsamkeit zu empfehlen, verlangt aber gleichzeitig, daß die Regierung materielle Maßnahmen ergreife, um die Action dieses Diplomaten wirksam zu unterstützen. Diese sollen zunächst in dem raschen Bau der Eisenbahn vom Kaukasus bis zur persischen Grenze bestehen, von wo aus Anschlusslinien durch die nördlichen Provinzen Persiens mit Abzweigungen nach dem kaspischen Meere und der transkaspischen Eisenbahn vorgeschlagen werden. Hiermit hat man theils commerciellen, theils strategischen Zweck im Auge.

In Persien ist man jedoch davon überzeugt, daß dies alles keinen praktischen Erfolg haben werde, wenn sich die russischen Kaufleute nicht zu größerer Energie aufraffen. Die Concessionen für die projectirten Bahnen dürften sie un schwer erhalten; die gewinnreiche Ausbeutung derselben wird aber allein ihre Sache sein. Daß Herr v. Bülow seiner schwierigen Aufgabe nach Möglichkeit gerecht werden wird, dafür bürgt seine genaue Vertrautheit mit den Winkelzügen der orientalischen Politik.

Reichstag.

41. Sitzung vom 13. Januar.

Präsident v. Caprivi macht zunächst Mittheilung von der Audienz des Präsidiums bei dem Kaiser, welchem es das Belieben über den Tod der Kaiserin Augusta ausgesprochen. Der Kaiser sprach dabei über die Arbeiten des Reichstages und über die allgemeine politische Lage, welche zur höchsten Freude und Genugthuung des Kaisers die Erhaltung des Weltfriedens zur Zeit völlig gesichert erscheinen ließe. (Beifall.) Den Frieden weiter zu wahren, sei es erforderlich, daß Deutschland bei seiner geographischen Lage und bei seiner Weltstellung nicht versäume, seine militärischen

Rüstungen im besten Stande zu halten und nicht nur für das Landheer, sondern auch für das jüngere Land, die Flotte, unablässig zu sorgen. Deshalb läßt der Kaiser dem Reichstage danken für die kürzlich begabte Bewilligung in zweiter Lesung des Marineetats, dessen Verhaltung der Kaiser in allen seinen Einzelheiten gefolgt war. Nachdem der Kaiser noch sein Interesse an dem Fortgang des Baues des Reichstags-Hauses unter Berührung einiger ihm dabei aufgestoßener Bedenken kundgegeben, wurde das Präsidium huldvoll entlassen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zum Militärgesetz vom 2. Mai 1874, in Verbindung mit der zweiten Lesung des Militäretats. Durch den ersterwähnten Gesetzesentwurf wird die Zahl der Armee-Corps von 18 auf 20 erhöht, indem für Ostpreußen neben dem 15. das 16., für Westpreußen das 17. Armee-Corps neu errichtet wird. — Die Novelle wird ohne Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Militäretat. Kap. 1, Tit. 1. („Der Kriegsminister.“) Abg. Richter: Die Erhöhungen, welche der Militäretat aufweist, entpringen zum Theil aus der Erhöhung der Friedenspräsenz, zum Theil sind sie Folgen der eben beschlossenen Novelle. Wir haben in der Commission einige Abstriche angeregt, dabei aber keine genügende Unterstützung gefunden. Wir wollen mit Rücksicht auf die Geschäftslage verzichten, diese Dinge jetzt vorzubringen. Aber einige allgemeine Punkte will ich anführen. Zunächst die Lage über die Behandlung der Volksschullehrer bei den sechsmonatlichen Uebungen. Es sind mir Briefe aus den verschiedensten Gegenden darüber zugegangen, so aus Königsberg, Gumbinnen, Danzig, Graudenz, Straßburg, Breslau, Gurt, Hamburg, Braunschweig, Celle und Trier, also fast aus allen Theilen Deutschlands. Es handelt sich dabei wesentlich um Second- und Premierleutenants, in zweiter Stelle erst um die mit Ausbildung der Soldaten betrauten Unteroffiziere. Es wird Klage geführt über die Ausdrücke aus dem Tierreiche, mit denen die Mannschaften belegt sind: Ochsen, Schweine, blödsinnige Gese, und dergleichen. Schon mehr aus dem menschlichen Gebiete kommen die Ausdrücke: Lämmer, Kügel, großschnäuziger Faulpelz u. dergl. Weitere Ausdrücke sind dermaßen unfähiger Natur, daß sie an dieser Stelle unmöglich vorgetragen werden können. Daneben gehen Klagen über Mißhandlungen, selbst durch Offiziere. Ein Offizier sagte: Dieser 100 Kamerader wie einen Schutzeifer! Ein Sergeant in Reithaus gab einem Lehrer die Strafarbeit auf, so und so oft abzuschreiben: Wir sind alle Ochsen. Es scheint, als ob die Unteroffiziere vielfach von ihren Vorgesetzten dazu ermuntert würden, die Lehrer derartig zu behandeln. In Straßburg sagte ein Lieutenant zum Unteroffizier: Die Lehrer sind ein großschnäuziges Gese, nehmen Sie sie nur ordentlich hoch. Blut sollen sie schwitzen! Ein anderer sagt: Plagen Sie die Hunde bis zum Verrecken! Man hat fast den Eindruck, als ob die jungen Offiziere, die zum Theil erst eben der Schulbank enttritten sind, allen Aerger, den sie seiner Zeit über irgend einen Lehrer empfunden haben, nun an dem ganzen Stand auslassen wollten. Ein Lieutenant sagte: Die Lehrer sind eine verfluchte Nation, sie sind es, welche die revolutionären Gedanken in das Volk hineintragen. Ein Lehrer hatte ein paar Tage Urlaub genommen, um sein zweites Gmamen zu machen; zurückgekehrt, machte er eine falsche Wendung und der Unteroffizier fragte ihn: Was sind Sie? Antwort: Lehrer! Jamohl, sagte der Unteroffizier zur ganzen Truppe gewendet, seht euch mal das Schwein an, das ist ein Lehrer, der gestern sein zweites Gmamen gemacht hat, aber glaubt nur nicht, daß er klüger ist wie ihr, er ist eben so dumm und noch dummer wie ihr. Das ist doch nicht mehr der brastliche Kasernenhumor, der seine gewisse Entschuldigung finden mag. Leider hat die bairische Armee in dieser Hinsicht kein Referat; ganz ähnliche Klagen kamen über die Behandlung von Volksschullehrern aus Bamberg. Wenn nun auch alle diese Klagen sich gegen Unteroffiziere und höchstens gegen Subalternoffiziere richten, so kann den höheren Offizieren doch der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie die Ausbildung der Soldaten nicht genügend überwachen, sonst könnte derartige sich nicht so oft wiederholen. Und auch der Gedanke liegt nahe, ob denn die anderen Soldaten besser behandelt werden, die nicht so leicht im Stande sind wie ein Lehrer, ihre Klagen zu Papier zu bringen. Ich hoffe, daß von oben her ein anderes Verhalten generell eingeführt wird, damit uns die Nothwendigkeit erspart werde, auf Fälle solcher Art in späteren Sessionen von neuem verweisen zu müssen. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Deder: Die Vorkommnisse, wenn sie wirklich so verhalten, sind etwas sehr Bedauerliches, und es müssen alle Kräfte angewendet werden, um derartigen Vorkommnissen vorzubeugen. Ich bemerke, daß auch uns mehrere derartige Vorkommnisse vorgekommen sind. Einer derselben ist erledigt durch die Befragung zweier Offiziere. Die anderen sind noch in Untersuchung begriffen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß, um einzugreifen, es uns ungemein erschwert wird, wenn so und so viele Monate nachher durch die Öffentlichkeit Dinge zur Sprache kommen, die gerade bei den Elementen, von denen hier die Rede ist, von diesen am allerersten auf dem dienstmäßigen Wege hätten zur Erledigung geführt werden müssen. (Rechts: Sehr richtig!) Gerade vom Lehrer verlangt ich, daß auch er die Würde seines Standes aufrecht erhält. Unsere Gesetze geben ihm das Recht. Er wird es bei uns finden, er möge nur auftreten. (Sehr gut!) Diese Angelegenheit ist aber ein zweifelhafteiges Scherz, ich will dies Ihnen ebenfalls ganz offen erklären. Diese Herren Offiziere haben eine Begünstigung, die unsere allgemeine Wehrpflicht im höchsten Grade durchbricht, wie fast für niemand sonst. Man kann von ihnen am allerersten erwarten, daß sie diese Begünstigung anerkennen durch Gesehamsheit und Eifer; da aber, meine Herren, treten zu Tage so und so viele Fälle von Kenntnis, so und so viele Fälle, wo diese gebildeten Klassen in der Instruction nicht das leisten, was die Ersatzreserve aus dem Volke leisten. Diese führen dahin, daß sehr wohl zu überlegen ist, ob man eine derartige Begünstigung in dieser äußerst kurzen Dienstzeit noch weiter geben können. (Dravol rechts: hörl! hörl! links.) Daß sie militärisch nicht geschult sind, zeigt schon die Art und Weise der Befragungsbeurteilung.

Abg. Richter: Die Beschwerdeführer stehen ja ganz unter dem discretionären Ermessen der Vorgesetzten, und hat ein Vorgesetzter einmal Unrecht bekommen, so kann er sich dafür auf das schwerste rächen. Es ist eine starke Anforderung an den Muth, von einem Lehrer, der sowohl von der Militär-, als auch von der Civilbehörde abhängig ist, zu verlangen, sich auf den formellen Weg der dienstlichen Beschwerde zu begeben. Die letzte Äußerung des Kriegsministers ist gerade

nicht einladend für die Lehrer, dies zu thun. Wenn ihre Dienstzeit verlängert würde, hätten sie aus Anlaß einzelner Besonderefälle einen allgemeinen Nachtheil. Die Befähigung der Lehrer ist nicht der Lehrer wegen erhöht, sondern im öffentlichen Interesse, weil die Zahl der Bewerber zum Schulunterricht hinter dem Bedürfnis so sehr zurücksteht. Die kurze Dienstzeit von 6 Wochen darf niemals eine Entschädigung dafür sein, daß die Lehrer auf eine Weise behandelt werden, die der ganzen preussischen Armee unbillig ist.

Baier. Bevollm. v. Klabender: In Bayern sind auch solche Klagen vorgebracht worden; aus der Antwort des bayerischen Kriegsministers in der Kammer geht hervor, daß gegen solche Mißstände energisch eingeschritten wird.

Abg. v. Ehrlichshausen (Reichsp.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu allen für die Sicherheit des Reiches nothwendigen Forderungen.

Abg. Richter: Es war mir nicht bekannt, daß im bayerischen Landtage darüber verhandelt ist; man hat sich also auch dort veranlaßt gesehen, die Sache auf parlamentarischen Wege zur Sprache zu bringen. In Bayern wird öffentlich vor dem Militärgericht verhandelt. In Würzburg ist ein Unteroffizier zu zehn Tagen Militärarrest verurtheilt worden, weil er in Bezug auf zwei Lehrer gesagt hatte: „Die beiden, die gebildete Leute sein wollen, sind dümmere als die Bauern.“ Gatten wir hier auch ein öffentliches Verfahren, würden die Leute mehr Vertrauen haben, sich zu beschweren. Eine solche öffentliche Verurtheilung wirkt auch weit mehr abschreckend, als die nur einem kleinen Kreise bekannt werdenden Militärstrafen.

Abg. Richter: Daß wir in dieser Beziehung Bayern nachkommen, diesen Wunsch theile ich auch lebhaft, ebenso wie der Reichstag, der in seiner großen Majorität schon darauf gerichtete Beschlüsse gefaßt hat. Die Verhandlung über die Mißhandlungen hat auf keine Partei einen günstigen Eindruck gemacht, sicherlich auch nicht auf die Herren von der Militärverwaltung. Ich will auf die Thatsachen nicht weiter eingehen, zumal da wir aus den Erklärungen des Kriegsministers entnehmen haben, daß er mit voller Bestimmtheit und Klarheit unsere Mißbilligung theilt über verurtheilte Mißhandlungen, seien es thätliche oder wörtliche. Wir dürfen wohl das Vertrauen zu ihm haben, daß er alle Mittel, die ihm überhaupt zur Verfügung stehen, in Bewegung setzen wird, das zu verhindern, was ihm und der Militärverwaltung ja mindestens ebenso peinlich und unangenehm sein muß wie uns. Eine Generaldebatte will ich nicht anregen, wie Herr v. Ehrlichshausen. Bei den Specialabstimmungen werden wir bekunden, ob die 7½ Millionen Abstrich genügen oder nicht. Ich glaube, daß sehr viele in Deutschland anderer Meinung sein werden wie Herr v. Ehrlichshausen, der sich übrigens ja noch offen gelassen hat, noch weitere Abstriche zu machen. — Im übrigen möchte ich noch speziell zwei Fragen berühren; die eine habe ich bereits beim Marineetat erwähnt, die Frage über die Beschäftigung der Arbeiter über 40 Jahre. Es sind bezüglich der Gewerfabriken Beschwerden laut geworden, daß die Verwaltungen in der Regel nur Arbeiter annehmen, welche unter 40 Jahre alt sind. Früher mag ein äußerlicher Grund zu einer solchen Maßregel vorhanden gewesen sein, — wir haben es nie gebilligt, — jetzt, nach einer anderweitigen Organisation der Massen, fällt auch dieser Grund weg, und ich möchte den Hrn. Kriegsminister bitten, daß er ebenso wie der Chef des Reichsmarineamts in Erwägung zieht, ob er nicht für die Arbeiter über 40 Jahre die harte Bestimmung im Wegfall bringen würde. Eine spezielle Frage betrifft die Arbeiter der Gewerfabrik in Danzig. Es sollen dort — nach den Berichten der Zeitungen — eine Menge Arbeiter nach dem Brande der Gewerfabrik entlassen sein, und man befürchtet in Arbeiterkreisen, daß diese Maßregel keine vorübergehende sein werde. Ich glaube, daß die Militärverwaltung wohl in der Lage ist, in solchen ganz außergewöhnlichen Fällen die Arbeiter vor einer plötzlichen, unersorblichen Arbeitslosigkeit zu schützen und sie nicht zu entlassen. Ich frage zunächst den Hrn. Kriegsminister, ob er nicht in dieser Beziehung etwas wirksames thun kann.

Der Kriegsminister antwortet in Bezug auf die erste Frage wegen der Arbeiter über 40 Jahre, daß er mit Vergnügen bereit sei, die Frage des Abg. Richter in Erwägung zu ziehen. Ebenso entgegenkommend antwortet der Kriegsminister auf die zweite Frage: Er habe bereits telegraphisch auf eine Anfrage der Danziger Verwaltung die Anordnung getroffen, daß die Arbeiter nicht entlassen werden sollten, und er hoffe, daß — wenn in dieser Beziehung auch einige tausend Mark Ueberschreitung bei der Rechnung vorzukommen würden — der Reichstag in solchen Fällen seine Zustimmung nicht verweigern werde. (Bravos.)

Abg. Aulemann (St.-Lib.) tritt dem Abg. Richter darin bei, daß die Stellung des Beschwerdeführers durch die Beschwerde gefährdet werde. Am besten sei es jedoch, wenn der Lehrer gleich nach absolvirter Dienstpflicht die Beschwerde erhebe. Der Hrn. Kriegsminister möge jedenfalls solche Uebelstände durch eine besondere Verfügung verhindern.

Kriegsminister v. Berdy: Es ist Ihnen aus früheren Debatten über dieses traurige Thema wohl bekannt, in welcher Art und Weise Mißhandlungen überhaupt bei uns gehandelt werden, und wie außerhalb des gerichtlichen Weges noch ein anderer Weg bei uns eingeschlagen ist, in denen alle Mißhandlungen in gewissen Terminen, in denen Corps gesammelt, zur Kenntniß des Kaisers kommen und dem Kriegsministerium zur Bearbeitung übergeben werden. Wenn hier der Wunsch ausgesprochen ist, der Sache einen neuen Druck zu geben, so glaube ich sagen zu dürfen, daß von allerhöchster Hand bereits Derartiges im Wege ist. (Beifall.)

Abg. v. Unruhe-Bomst (Reichsp.): Nach der neueren Gesetzgebung müssen die Lehrer mit den Erziehungsstellen zusammen ausgebildet werden. Dadurch fällt schon ein Grund weg zu einer ganz besonderen Behandlung der Lehrer. Ich bin sehr überzeugt, daß, wenn diese neue Einrichtung sich erst eingebürgert haben wird, daß dann auch die Klagen forswellen werden.

Abg. Richter: Gerade weil die Ausbildung mit anderen Leuten zusammen erfolgt, mit weniger gebildeten Personen zusammen, müßte die Behandlung um so eher eine vorzügliche sein.

(Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

* **Berlin, 13. Jan.** Die Kaiserin von Oesterreich wird, der „Reuung.“ zufolge, demnächst mit der Erzherzogin Balerie in Wiesbaden wieder einen längeren Aufenthalt nehmen.

* **Ueber den Papst und die verstorbenen Kaiserin Augusta** erzählt die „Allg. Volksz.“ aus Rom unter dem 8. Januar interessante Mittheilungen von einem Manne, der vor einigen Wochen in einer längeren Privataudienz beim Papst mit diesem über die verlebte Kaiserin gesprochen hat. Danach äußerte der Papst über die Kaiserin Augusta sich wie folgt: „In ihrem selbstlosen mildthätigen Wirken, das nach Möglichkeit im Stillen und unerkannt geschehen sollte, ist die Kaiserin uns stets als das Muster einer Frau und Herrscherin erschienen. Sie freuten uns von Herzen, wieder ein Mal auszusprechen zu können, wie sehr ihr frommer Sinn auf der Höhe des Ruhmes, den sie mit dem Kaiser theilte, wie in der Tiefe schwerster Schicksalsschläge, die Gott ihr in seinem unerforschlichen Rathschlusse sandte, sich auf das glänzendste bewährte. Ihre milde, persönliche Gesinnung hat uns nicht selten wesentliche Dienste geleistet, wenn wir uns bemühten, für Deutschlands religiösen Frieden zu wirken.“ Besonders bemerkte der heilige Vater bei der Kaiserin die große Ver-

ehrung für die heilige Elisabeth von Thüringen, deren directer Nachkomme die Kaiserin war. — Der Gewährsmann der „Allg. Volksz.“ hatte den Auftrag, dem Papst den Dank der Kaiserin auszudrücken für die vielfachen Bemühungen des Papstes, den Kulturkampf in Deutschland abzuwehren. Dabei durfte der Gewährsmann des genannten Blattes der großen Hochachtung Ausdruck verleihen, welche die Kaiserin für den Papst hegte. Den Papst begrüßte der Dank der Kaiserin doppelt angenehm. Auch zeigte er sich merkwürdig gut über das umfangreiche Wirken der Kaiserin unterrichtet.

* **[Emin.]** In einem Glückwunsch-Telegramm zur goldenen Hochzeit eines ihm nahe verwandten Ehepaars zu Ober-Glogau erklärte Emin Pascha seinen Gesundheitszustand als zufriedenstellend.

* **[Militärisches Dienstjubiläum.]** In der preussischen Armee werden dem „Militär-Wochenblatt“ zufolge das sechzigjährige Dienstjubiläum begehen außer dem General-Oberst der Infanterie v. Pape, Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin, am 17. April 1890 auch der General der Infanterie Prinz Alexander von Preußen, Chef des Infanterie-Regiments 37. v. Sparr (3. weisfälischer) Nr. 16, am 21. Juni 1890, ferner das fünfzigjährige Dienstjubiläum der General der Infanterie v. Schweinitz, General-Adjutant des Kaisers und Vizepräsident in Petersburg, am 28. November 1890.

* **[Cartellstimmungs-Bild.]** Folgende Schilderung der Zustände im Cartellager entwirft die beiläufig demselben Lager angehängte amtliche „Cartell. Ztg.“:

„Persönliche Verbrüderung, parlamentarische Strebertum, politische Eitelkeit, querköpfige Rechthaberei, doctrinaire Verbrüderung und alle die Triebfedern, die sich hier zu dem Gesamtbitte deutscher Disciplinlosigkeit vereinigen, sind wieder einmal an der Arbeit, die sichere numerische Ueberlegenheit aller Reichsfreunde durch niemanden anders als durch die Reichsfreunde selbst zu zerstören und den Umsturzpacten zu einem Siege zu verhelfen, auf den sie nach obigen Dingen nimmermehr Aussicht hätten. Was in dieser Beziehung geleistet wird, hier von der „Nat. Ztg.“, die zu dem Zustandekommen des Cartells seiner Zeit keinen deutlichen Beitrag und jetzt im Namen desselben das Wort zu führen sich anmaßt, dort von der „Reuung.“, die, wenn auch provocirt, von der anderen Seite her alle Brücken der Verständigung abbricht, damit sich das Chor der Gesichtslosen, die sich heute vor den „Rechtsconservativen“ bekreuzigen und morgen wieder die volle Consequenz des Cartellgedankens zu ziehen geneigt sind — was, sagen wir, in dieser Beziehung in gedruckter und mündlicher Rede sehr geleistet wird, könnte tief traurig stimmen etc.“

Solche freundlichen Auseinandersetzungen unter den Cartellgenossen können auch — sehr heiter stimmen.

* **[Das dänische Schweineausfuhrverbot.]** Nach Aelter Meldungen einiger Berliner Blätter sollte die Aufhebung des Verbots der dänischen Schweineausfuhr demnächst zu erwarten sein. Die „Z. Ztg.“ theilt jedoch mit, daß diese Meldung sehr verfrüht ist, denn im Reichsamt des Innern ist von einer bevorstehenden Aufhebung des Verbots nichts bekannt.

München, 13. Januar. Dem heute stattgehabten Leichenbegängnisse des Professors Dr. v. Höllinger wohnten ein Fülleladant und des Prinzenregenten, die Minister v. Crailsheim und v. Leonrod, der preussische Gesandte Graf Ranke, mehrere Hofwürdenträger und Generale der Polizeipräsident, die Rectoren der Hochschulen, beide Bürgermeister der Stadt, mehrere Mitglieder des Reichsraths und der Abgeordneten, sowie zahlreiche Gelehrte, Künstler und Schriftsteller bei; Prof. Friedrich celebrirte die Messe, Prof. Braun widmete dem Verstorbenen namens der Akademie der Wissenschaften einen Nachruf.

England.

London, 12. Jan. Der Frauergottesdienst zur Gedächtnistage der Kaiserin Augusta fand heute in der deutschen Kapelle von St. James statt. Das Personal der deutschen Botschaft, Fürst Victor Hohenlohe, mehrere Vertreter auswärtiger Mächte und die Angehörigen der deutschen Colonie wohnten dem Gottesdienste bei. (W. I.)

London, 13. Januar. Frau Fitzgeorge, morgengrüne Gemahlin des Herzogs von Cambridge, ist gestern, wie man der „Post. Ztg.“ berichtet, nach langer Krankheit im 75. Lebensjahre gestorben. Vor ihrer Vermählung mit dem Herzog war die Verstorbenen als Fräulein Fanebrother, Tochter eines Druckereibesizers in London, eine gefeierte Schauspielerin.

Spanien.

Madrid, 13. Jan. Der König hat eine sehr ruhige Nacht verbracht. Auf die Anfrage des Ministerpräsidenten Sagasta erklärte die Aerzte, daß sich die Wahrscheinlichkeit der Genesung vermehrt habe, daß jedoch noch nicht jede Gefahr verschwunden sei. (W. I.)

Am 15. Januar. **Danzig, 14. Jan.** M.-A. 122. S.-A. 8.15. U. 4.7. M.-Lib. 22.

Wetterausichten für Mittwoch, 15. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Nachseits Bewölkung mit Sonnenschein; etwas kälter; Nebel. Schwacher bis mäßiger Wind.

Für Donnerstag, 16. Januar:

Veränderlich, wolfig, Sonnenschein, helle Luft; Temperatur wenig verändert oder kälter. Aufströmende rauhe Winde.

Für Freitag, 17. Januar:

Molzig, neblig, bedeckt; Niederschläge. Wärmer; lebhaftere Winde.

Für Sonnabend, 18. Januar:

Molzig mit Sonnenschein; neblig. Temperatur zunehmend milde. Lebhaftere Winde; strichweise Niederschläge.

* **[Neue polnische Tarife.]** Mit dem gestrigen Tage sind für die polnischen Bahnen neue Lokaltarife für den Güter-Verkehr in Kraft getreten. Dieselben weisen gegenüber den bisherigen Frachtsätzen durchweg — theilweise sogar erhebliche — Erhöhungen auf. Gleichzeitig sind auch die folgenden für Danzig nicht unwichtigen Tarife außer Kraft getreten:

1. Artikel-Tarif Ilowo/Mlawa-Romel transit vom 20. August/1. September 1884.
2. Lokal-Tarif Best transit Ilowo transit vom 1./13. November 1884 nebst Nachtrag vom 1./13. Februar 1885.
3. Artikel-Tarif von Stationen der Warschau-Wiener Bahn nach Ilowo transit vom 10./22. Juli 1888.
4. Special-Tarif für Spiritus, Melasse etc. von Stationen der Wladowor-Dombrowaer Bahn nach Ilowo transit vom 15./27. November 1885 resp. 20. Juli 1. April 1887.
5. Tarif für den directen Verkehr zwischen Stationen der Warschau-Wiener-Bromberger und Lodzer Eisenbahn einerseits und Stationen der Weichselbahn andererseits vom 20. März/1. April 1888.

6. Tarif für den Rumänisch-Galisch-Danziger Verkehr vom 15. Mai 1886 egl. der in diesem Tarife vorgezeichneten Frachtpreise für Getreide, welche noch bis zum 13./1. März c. in Gültigkeit bleiben.

Von zuständiger Seite wird uns mitgetheilt, daß ein Erfolg für diese Tarife noch nicht hat gefunden werden können; hierauf bezügliche Verhandlungen sind aber eingeleitet. Der neue Lokaltarif der polnischen Bahnen liegt in den Bureaus der Marienburg-Plamaker Eisenbahn an jedem Werktag Nachmittags von 5 bis 6 Uhr zur Einsicht aus.

* **[Rückgang der westpreussischen Seeschifffahrt.]** Die amtlichen Ermittlungen über den Bestand der Seeschiffe in 1889 geben zu interessanten Vergleichen mit früheren Jahren Veranlassung. In Westpreußen waren vorhanden Segelschiffe:

Jahr.	Schiffe.	Reg.-Tons.	Be-fahrung.
1889	62	25 335	776
1884	86	35 605	1123

Es waren vorhanden Dampfschiffe:

Jahr.	Schiffe.	Reg.-Tons.	Be-fahrung.
1889	28	10 955	376
1884	24	7 903	299

Für den Zeitraum von 5 Jahren ergibt sich also folgendes Resultat: Es waren in Westpreußen beheimathet Segel- und Dampfschiffe:

Jahr.	Schiffe.	Reg.-Tons.	Be-fahrung.
1889	90	36 290	1146
1884	110	43 508	1422

Der Bestand der Schiffe ist mithin um 20 Fahrzeuge mit einem Netto-Raumgehalt von 7218 Register-Tons vermindert worden und die Besatzung sämtlicher Schiffe hat um 276 Mann abgenommen.

* **[Eisenbahn-Direktion Königsberg.]** Nach der „Königsb. Allg. Ztg.“ soll die Theilung des Bezirks der kgl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg und die Errichtung einer neuen kgl. Eisenbahn-Direktion zu Königsberg am 1. April n. J. erfolgen. Die Vorarbeiten seien jetzt im Ministerium der öffentlichen Arbeiten im Gange.

* **[Socialdemokratischer Parteitag.]** Am Sonntag hat in Königsberg ein socialdemokratischer Parteitag für Ost- und Westpreußen stattgefunden. Nach Königsberger Blättern waren auf demselben Königsberg durch ca. 250 Mitglieder, Danzig nur durch Herrn Ethograph Jochem, Elbing und Gumbinnen ebenfalls durch je einen Abgeordneten vertreten. Es wurde Herr Cigarrenhändler Schulze aus Königsberg als socialdemokratischer Candidat für alle 17 ostpreussischen, Herr Jochem als Candidat für alle 13 westpreussischen Wahlkreise aufgestellt. Nachdem dann die Herren Jochem, Fichtmann-Elbing und Schulze noch Situationsberichte abgelesen hatten, bei welchen die anderen Parteien nicht eben glimpflich fort kamen, nahm die Versammlung eine Resolution an, daß es als Pflicht aller Parteigenossen erkläre würde, bei den Stichwahlen, bei welchen Parteigenossen nicht zur Wahl ständen, sich der Abstimmung zu enthalten. Der Antrag, die Bezeichnung „socialdemokratische Arbeiterpartei“ in „socialdemokratische Partei“ abzuändern, wurde als nicht zeitgemäß zurückgewiesen. Nach der conservativen „Post. Ztg.“ soll Hr. Jochem im Laufe der Debatte erklärt haben, daß die freisinnige Partei kein Recht habe, sich so zu nennen. Die Freisinnigen seien die gefährlichsten Gegner der Socialdemokratie, ihnen „müßte die Caroe abgerissen werden“, z. B. dadurch, daß man verlange, daß zur Erhöhung der Alters- und Invalidenrente 900 Mill. Mk. aufgebracht und zu dem Zwecke von den bestehenden Klassen 30 Proc. ihres Einkommens gefordert würden. Dem würden die Freisinnigen gewiß nicht zustimmen, denn zwei Drittel der Bewohner Deutschlands hätten jährlich weniger als 420 Mk. und nur 750 000 Personen hätten ein Einkommen von zusammen 2 Milliarden Mark. „Die Freisinnigen seien eine erbärmliche Gesellschaft, welche der Unterstützung durch die Socialdemokratie unwürdig sei.“

* **[Der Ausbau des Hochschlosses zu Marienburg.]** Ist bis zum Eintritt des Winters kräftig fortgeschritten. Die Wiederherstellung des Hauptthurms ist zu Ende geführt. Im anstehenden Ostflügel ist Kellergechoß und erstes Stockwerk neu eingemauert, im Südflügel sind die Granitpfeiler zur Einwölbung der unteren Geschosse neu hergestellt und auch ein Theil der Gewölbe noch fertig geworden. Tollenst sind die Möbelfarbeiten im Westflügel. Nach Abbruch einiger durch Kauf in den Besitz der Schlossbauverwaltung gelangten alten Häuser an der Rogasse ist die alte Umfassungsmauer erneuert worden. In der Borburg ist die Wiederherstellung des alten Ordens-Rathhauses, des sogenannten Karwan, welches der Militärverwaltung als Ersatz für das in polnischer Zeit zwischen Hoch- und Mittel-schloß eingebaute, zum Abbruch bestimmte Zeughaus des Landwehrbezirks Marienburg überwiesen worden ist, zu Ende geführt worden.

* **[Schloßfreiheit - Lotterie.]** Die Ziehungen der fünf Klassen der diesjährigen Lotterie zum Besten der Niederlegung der Berliner Schloßfreiheit sind nunmehr auf den 17. März, 14. April, 12. Mai, 9. Juni und 7. Juli anberaumt. Die Zeichnung der Loose für die erste Klasse wird am 16. Januar beginnen, und zwar in Danzig bei dem Bankhause Baum u. Ciepmann. Die Zeichnung kann, wie aus dem morgen im Informatenblatt dieser Zeitung erscheinenden Pro-spect hervorgeht, nicht persönlich geschehen, sondern soll durch eine an die betreffende Zeichen-stelle zu adressirende Postanweisung geschehen, welche die Adresse des Zeichners und die Anzahl der begehrten Loose enthalten muß. Formulare zu solchen Postanweisungen werden von den Zeichenstellen verabfolgt. Die Loose zur ersten Klasse müssen dann gegen Baarzahlung des Preises von 52 Mk. in den Tagen vom 18. bis 25. Februar an den Zeichenstellen in Empfang genommen werden. Bei Abnahme von 4 Loose werden je eins in Achtel-, Viertel- und halben Loose, von 3 Loose eins in Viertel- und eins in halben, bei 2 Loose eins in halben Abschnitten aus-gegeben.

* **[Von der Weichsel.]** Aus Warschau wird auch heute folgendes Wasser gemeldet. Gestern markirte dort der Pegel 1.96, heute Mittag 2.06 Meter. Der Wasserstand war noch im Wachsen begriffen.

* **[Personalien.]** Der Regierungs-Assessor Schwanitz ist der kgl. Regierung in Danzig überwiesen und der Regierungs-Assessor v. Baumach in Danzig mit der Betreibung des Cantraths Böhring in Marienburg während dessen Zehnaufnahme an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beauftragt worden.

* **[Beförderungen.]** Wie die „Ztg. A.“ vernimmt, wird die Eisenbahnverwaltung binnen Kurzem im

ganzen Bereich des Staates eine große Anzahl von heizern erster Klasse zu Locomotivführern befördern. Ein wesentlicher Theil des Heizpersonalis verfehlt (so schreibt das genannte Blatt) schon lange selbständig den Locomotivführerdienst, und zwar nicht etwa in Ausnahmefällen oder als Ersatz für erkrankte oder beurlaubte Führer, sondern regelmäßig und hat dafür die volle Verantwortung zu tragen.

* **[Provinzial-Steuerdirektor.]** Für den durch Ver-setzung des Herrn Geh. Ober-Finanzrath Orth vacant gewordenen Posten des hiesigen Provinzial-Steuer-Directors soll, wie nach einer Berliner Nachricht ver-lautet, Herr Geh. und Ober-Regierungsrath Klotze in Danzig (bisheriger Vertreter des Provinzial-Steuer-Directors) in Aussicht genommen sein.

* **[Gartenbau-Berein.]** Nach Erledigung geschäft-licher Angelegenheiten hielt Herr Dr. Borella, Assistent am westpreussischen Provinzial-Museum, einen ungemein anregenden Vortrag über die „Weichsel-beziehungen der Insecten und Pflanzen“. Wenn auch bei einzelnen Pflanzen der Wind oder das Wasser die Befruchtung des Weizenstaudes und damit die Be-fruchtung übernehmen, so sind doch die Mehrzahl der Blütenpflanzen der Weichsel der Insecten zur Be-fruchtung der Blüten und zur Erzielung reichen Frucht-anfanges dringend bedürftig, da die Blüthe zu ihrer Befruchtung des Staubes einer anderen Blüthe be-darf, welche Erfahrung auch die Samenbilder machen. Hierbei wirken mannigfache Verhältnisse mit, welche eben die Mitwirkung der Insecten bedingen; es sind dies u. a. Eigenblümlichkeiten im Bau der Blüten, ungleichzeitige Ausbildung von Stempeln und Staub-gefäßen; ungleiche Maßverhältnisse zwischen diesen; Einschließung in Hüllen u. dergl. etc. In allen diesen und vielen anderen Fällen sind es nun die Insecten, welche die Befruchtung des Staubes von Blüthe zu Blüthe übernehmen, und zwar nicht aus Zufall, sondern aus Nothwendigkeit, denn sie leisten diesen Dienst auch in ihrem eigenen Interesse und nur gegen Entgelt. Die Segenleistungen der Pflanzen bestehen nun in Dar-leistung von Honig, in Gewährung von Brutplätzen etc. Namentlich ist es der Honig, welcher die Insecten anlockt und der im Grunde der Blüten in der ver-schiedensten Art aufbewahrt ist, und den zu erlangen, die Thierchen eben die Arbeit verrichten müssen, welche die Pflanzen von ihnen erwarten. Die Insecten können den Honig nicht mühelos nehmen, sie müssen den Staub, den sie an Rüsseln, Beinen, an ihrer Behaarung u. s. w. mit sich führen, auf den Narben der von ihnen besuchten Blumen absetzen; ja oft müssen sie erst Verflüchtigkeiten der Blüten öffnen, um zu dem im Grunde verborgenen Honig zu gelangen, wobei freilich gleichzeitig die Narben freigelegt und mit Staub versehen werden. Es sind immer die gleichen Arten von Insecten, welche die gleichen Pflanzenarten aufsuchen, und zwar dienen erstere bestimmte Anzeichen zur Auffindung ihrer Ernährer. Die Pflanzen müssen ihre Freunde anlocken, sei es durch Farbe oder durch Duft, oder aber andere abschrecken durch übeln Geruch. So finden wir, daß die Honigblumen sich durch Duft und leuchtende Farben auszeichnen und daß besonders auffallende Zeichnungen beim. Behagungen auf ein-zelnen Blättern den Insecten als Wegweiser zum Honig dienen. Die von Nachtvögeln besuchten Blumen haben diese Zeichnungen nicht, sondern sind einfarbig; die von Fliegen besuchten Blumen sind misfarbig und haben widerlichen Geruch u. s. w. Es war eine lange Reihe der interessantesten Bilder, welche der Vortragende den gespannt folgenden Hörern entrollte und welche alle die äußerste Zweckmäßigkeit der Natur zur Erreichung ihrer Ziele getroffenen Einrichtungen erwiesen. Darstellungen von Zeichnungen, sooftigen Abbildungen und zahlreichen Thieren er-läuterten den Vortrag, welcher allseitig mit lebhaftem Interesse und wärmstem Danke aufgenommen wurde. Herr F. Rathke-Praust führte hierauf 26 vorzüglich für den Anbau im großen in unserer Provinz geeignete Aepfelarten in schönen Früchten vor und gab darauf bezieghche Erläuterungen. Herr J. Radtke-Diva legte sehr wohlriechende Blüten der chinesischen Erdbeeren Cymbidium sinense vor. Sonst hatten folgende Herren ausgesteilt: A. Cenz 1 Gruppe schon getriebenen Flieder Erica himalaia und Azalea mollis; F. Cenz 1 Gruppe prächtiger blüthenreicher Fliederblüthe; G. Schmidt be zur Sommerzeit bestimmte Cyclamen persicum in schönster Reife der Farben und üppiger Entwicke-lung, welchen Maiblumen, Ajaelen u. s. w. beigegeben waren. Alle 3 erhielten Prämien.

* **[Kirchengesetz.]** Aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung des Landtages erinnert das hiesige künft. Consistorium die Geistlichen seines Aufsichtsbezirks an die bezüglich in das allgemeine Kirchengesetz aufzunehmende Fürbitte.

* **[Schwurgericht.]** Heute wurde vor den Ge-schworenen eine gegen den Besitzer Ambrosius Kowalski aus Bartoschno wegen Meineides erhobene Anklage verhandelt, welche bereits in früheren Sessionen zwei Mal das Schwurgericht beschäftigt hatte, aber stets verurteilt werden mußte. In einem Civilproceß gegen den Gastwirth Galemshi hatte der Angeklagte be-schworen, er habe für Galemshi 19 Fahren Duna 2 1 Mk. gefahren, während er nach der Behauptung der Anklage nur 18 Fahren geleistet haben sollte. Den Verlauf der Verhandlung, welche nur von sehr ge-ringer Interesse ist, können wir übergehen. (Das Urtheil war bei Schluß des Blattes noch nicht gefaßt.)

In der Notiz über die gestrige Schwurgerichtssitzung soll es selbstverständlich heißen, daß die Verhandlung in den ersten Nachmittagsstunden (statt Vormittags-stunden) ihr Ende erreichte.

* **[Strafhammer.]** Unter der Anklage, am 30. Mai v. J. einen größeren Eisenbahn-Unfall auf dem Bahn-hof Langfur verschuldet zu haben, fanden der Stationsausseher Friedrich Riedel, der Hilfsweichen-steller Emil Krupke, beide aus Langfur, und der Locomotivführer August Wilhelm Hermann Spahn aus Stolp heute vor der Strafhammer. Am 30. Mai v. J. lief um 2 Uhr 38 Min. Nachmittags der von Stolp kommende Güterzug 421, dessen Maschine von dem an-geklagten Locomotivführer Spahn geführt wurde, mit einer Verpätung von 61 Minuten in den Bahnhof Langfur ein, um dort von dem Soppot-Danziger Lokaltage überholt zu werden. Auf dem Bahn-hof Langfur hatte wegen des Baues des zweiten Geleises, welches am 1. Juni in Betrieb genommen werden sollte, eine Verlegung der Weichen stattgefunden und namentlich war die Weiche, welche das zweite Geleise mit den Entladungssträngen verband, verlegt worden. Diese Weiche trug am 30. Mai noch nicht den durch die Signalordnung vorgeschriebenen, ihre Stellung anzeigenden Weichenkopf und sollte dem-nach bestimmungsgemäß für gewöhnlich vernagelt sein. Da sie jedoch zum Aus- und Einrängen der Güter-wagen unentbehrlich war, war die Vernagelung gelöst und die Weiche am Vormittag des 30. Mai, dem Himmelfahrtstage, an welchem ein starker Lokal-verkehr herrschte, in Gebrauch genommen worden. Als nun Zug 421 in den Bahnhof einlief und bis dicht an die der Uhr auf dem Perron gegenüber liegende Weiche gekommen war, bemerkte der Locomotivführer Spahn plötzlich, daß die Weiche falsch lag und anstatt geradeaus nach dem einen Entladeplatz führte. Er gab sofort das Nothsignal, doch der 105 Achsen schwere Güterzug konnte nicht mehr zum Stehen ge-bracht werden und lief auf das Entlade-geleise, welches mit vier beladenen und vier leeren Wagen besetzt war. Durch den Zusammenstoß wurden 10 Wagen — theils zu dem auffahrenden Zuge, theils zu dem auf dem Ladegleise befindlichen Wagenpark ge-hörig — zertrümmert und aus dem Geleise gehoben, so daß der Eisenbahnverwaltung ein sehr beträchtlicher Schaden erwachsen ist. Dem Stationsausseher Riedel, Vor-seher der Station Langfur, welcher am Tag des Zusammenstoßes den verantwortlichen Stationsdienst ge-habt hat, wird nun vorgeworfen, er hätte dafür sorgen müssen, daß die fragliche Weiche bei der Ein-fahrt des Zuges von einem Beamten bedient wurde, da nach § 51 des Bahnpolizeireglementes für die Eisen-bahnen Deutschlands Weichen, gegen deren Spitze ge-

fahren wird und welche nicht verlegt ist, von einem Mann festgehalten werden müssen. Ferner hätte er das Einfahrtsignal für Zug 421 nicht eher geben dürfen, als bis er sich davon überzeugt hatte, daß alle Weichen richtig lagen. Der Umstand, daß die betreffende Weiche noch gar keinen Signalkopf getragen habe, hätte ihn erst recht veranlassen müssen, die Stellung dieser Weiche mit ganz besonderer Sorgfalt zu prüfen. Von dem Hilfsweichensteller Krupke behauptet die Anklage, er sei für die richtige Stellung und den Verschuß der Weiche verantwortlich gewesen. Anstatt, wie es seine Pflicht gewesen sei, sich neben der Weiche aufzustellen, habe er sich bei der Einfahrt des Zuges ohne Grund an der stützlichen Einfahrtsweiche aufgehalten. Der Locomotivführer Spahn schließlich wird beschuldigt, er sei zu schnell in den Bahnhof eingefahren und habe hierdurch die Folgen des Zusammenstoßes vergrößert. In der heutigen Verhandlung, zu welcher als Sachverständige die Herren Baupinspector Muthaupt von hier und Ritter aus Stolp und Maschinen Inspector Stegmann von hier und 19 Zeugen vorgeladen waren, behauptete der Stationsaufseher Riedel, daß er die Bedienung der Weiche ausdrücklich dem Hilfsweichensteller Krupke übertragen habe. Erst beim Einfahren des Zuges habe er bemerkt, daß Krupke nicht bei seiner Weiche stand; da war es aber schon zu spät, einen anderen Arbeiter an seine Stelle zu schicken. Nachdem das Einfahrtsignal von Oliva ertönt war, habe er sämtliche Weichen revidirt und gefunden, daß dieselben richtig lagen. Wie es gekommen sei, daß einige Minuten später die Weiche falsch lag, könne er nicht erklären. Krupke bestritt, daß ihm die Bedienung der Weiche übertragen worden sei, und behauptete gleichfalls, daß die Weiche kurz vor der Einfahrt des Zuges 421 richtig gelegen habe. Der Locomotivführer Spahn erklärte, er habe vor dem Einfahrtsignal das Bremsignal gegeben und sei mit mäßiger Geschwindigkeit in den Bahnhof eingefahren. Als er die falsche Stellung der Weiche bemerkt habe, was wegen des fehlenden Weichenkopfes erst nicht vor derselben geschehen konnte, habe er sofort das Bremsignal (drei Piffe mit der Signalpfeife der Maschine) wiederholt, um die Bremsen zu schärferem Anziehen ihrer Bremsen zu veranlassen. Das Signal sei jedoch annehmend von mehreren Bremsen als das Signal „Bremsen los!“ (zwei Piffe) aufgefaßt worden, denn anstatt langsamer zu gehen, sei der Zug plötzlich schneller gelaufen. Außerdem sei bei dem Zusammenstoß die Achsbüchse eines Wagens gebrochen und das aus derselben auf die Schienen fließende Öl habe die Wirkung der Bremsen aufgehoben. Die Angabe des Stationsaufsehers Riedel, daß er die Weichen vor der Einfahrt des Zuges 421 revidirt habe, wurde durch die Angabe des Weichenstellers Göthe bestritten, welcher bekundete, daß er Riedel in der Nähe der Weiche gesehen habe. Ferner sagten sämtliche auf dem Zuge befindlich gewesene Beamte aus, daß der Zug 421 mit mäßiger Geschwindigkeit und keineswegs schneller als sonst in den Bahnhof eingefahren sei. Der Bahnmeister-Aspirant Sörensen und der Heizer Colat, welche sich zur Zeit des Zusammenstoßes auf der Maschine befanden, haben unmittelbar nach der Abgabe des letzten Bremsignals eine schnellere Vorwärtsbewegung des Zuges bemerkt. Die Sachverständigen stimmten zunächst darin überein, daß die Weiche mangelhaft gewesen sei und eigentlich zu Betriebszwecken nicht hätte gebraucht werden dürfen. Da dieses aber geschehen sei, so hätte der Stationsaufseher Riedel die Verpflichtung gehabt, dieselbe zu revidiren, und der Hilfsweichensteller Krupke hätte bei der Einfahrt des Zuges unbedingt die Weiche bedienen müssen. Dagegen hielten sie für erwiesen, daß der Zug mit mäßiger Geschwindigkeit in den Bahnhof eingefahren sei und daß der Locomotivführer Spahn unter normalen Verhältnissen an der richtigen Stelle hätte halten können. Es sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein mangelhaftes Anziehen der Bremsen ein schnelleres Fahren des Zuges, als der Locomotivführer annehmen konnte, veranlaßt habe. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß die Freisprechung des Locomotivführers Spahn unbedingt erfolgen müßte, da er in üblicher Weise in den Bahnhof eingefahren sei und ihn ein Verschulden an dem Unfall nicht treffen könnte. Dagegen sei die Schuld des Angeklagten Krupke für erwiesen zu erachten, da er die Verpflichtung gehabt habe, die Weiche persönlich zu bedienen. Auch den Stationsaufseher Riedel treffe ein Verschulden, da er die noch nicht ganz betriebsfähige Weiche mit ganz besonderer Sorgfalt hätte revidiren und für ihre Bedienung Sorge tragen müssen. Der Gerichtshof verurtheilte Krupke zu einem Monat, Riedel zu einer Woche Gefängniß. (Bei Spahn hatte der Staatsanwalt selbst Freisprechung beantragt.)

[Polizeibericht vom 14. Jan.] Verhaftet: 1 Arbeiter, 1 Zimmergehilfe wegen Sachbeschädigung, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 35 Obdachlose, 8 Bettler, 2 Betrunkene, 13 Dirnen, 1 Arbeiter wegen Unfugs. — Gefunden: Auf dem 3. Damm ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Kassetten-Schlüssel, auf dem Obbahnhof 1 Mk., am 5. März 1889 auf der Chaussee Dhraersfeld eine Schlittenglocke, abholen von der Polizei-Direction. — Verloren: Auf dem Wege vom Holzmarkt nach Neugarten eine goldene Uhrkette, abzugeben auf der Polizei-Direction.

v. r. Puhig, 13. Jan. Der hiesige Verschönerungsverein hielt am vergangenen Sonnabend seine diesjährige Generalversammlung ab. Die sehr geringe Beteiligung an derselben, sowie der Umstand, daß die Mitgliederzahl sich im vergangenen Jahre verringert hat, läßt erkennen, daß dem Verein nicht das ihm gebührende Interesse entgegengebracht wird. Der Verein hatte im Vorjahre eine Einnahme von 765 Mk., eine Ausgabe von 362 Mk., so daß ein Bestand von 403 Mk. verbleibt. Zur Vergrößerung der an der See gelegenen Anlagen hat der Verein für 360 Mk. ein Stück Land angekauft, wovon der Magistrat außer seinem jährlichen Beiträge von 200 Mk. eine Beihilfe von 160 Mk. gewährt hat. Die Beihilfemittel sind nicht

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangs-Vollstreckung soll das im Grundbuche von Alopein, Band II, Blatt 48, auf den Namen der Hermann und Justine geb. Hoffmann-Werner'schen Eheleute eingetragene, im Areal Carthaus belegene Grundstück
am 20. März 1890,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem unerreichten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 22, versteigert werden.
Das Urtheil über die Ertheilung des Aufzlags wird
am 21. März 1890,
Mittags 12 Uhr,
an Gerichtsstelle verhandelt werden.
Carthaus, den 7. Januar 1890.
Aönlgl. Amtsgericht. 6247

Zwangsversteigerung
Im Wege der Zwangs-Vollstreckung soll das im Grundbuche von Gr. Falkenau Band I, Blatt 3 auf den Namen des Bekker Johann u. Marie, geb. Claassen-Falkenau Eheleute eingetragene, im Gemeindebezirk Gr. Falkenau belegene Grundstück
am 28. Februar 1890,
Vorm. 10 Uhr,
vor dem unerreichten Gericht, an Gerichtsstelle, versteigert werden.
Das Grundstück ist mit 1533,21 M Reinertrag und einer Fläch von 62 ha 57 a 69 qm zur Grundsteuer, mit 120 M Nutzungserwerb zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abdrück des Grundbuchblatts, etwaige Abhöfungen

und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, insbesondere Kaufbedingungen in der Gerichtsstelle während der gewöhnlichen Geschäftsstunden eingesehen. Das Urtheil über die Ertheilung des Aufzlags wird
am 28. Februar
Vormittags 12 1/2
an Gerichtsstelle verkündet.
Neue, den 23. December
Aönlgl. Amtsgericht

Bekanntmachung
Zufolge Verfügung vom 19. Januar 1890 ist heute in der Gesellschaftsregister bei Nr. 7 eingetragenen Gesellschaft z. Schirmmacher worden:
Die Gesellschaft ist
Der Kaufmann Richard Schirmmacher
Gesellsch. unter unbeschränkter Firma fort-
und in unser Firmenregister Nr. 1579 die Firma Richard Schirmmacher mit dem Sitze in und als deren Inhaber Hermann Richard Albrecht Schirmmacher zu Danzig eingetragen.
Danzig, den 10. Januar 1890.
Aönlgl. Amtsgericht

Bekanntmachung
Die in unserem Sanbel unter Nr. 235 eingetragene S. Fernin Meyer in S. Gerolshausen und a. J. aufgelöst worden.
Schweh 9. Januar 1890
Aönlgl. Amtsgericht

Druck und Verlag
v. A. M. Schöner in Bonn

Beilage zu Nr. 18089 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 14. Januar 1890.

Reichstag.

(Schluß.)

Zum Kap. „Natural-Verpflegung der Truppen“, führt der

Berichterstatter Graf v. Salbern aus, in Folge der frühen Aufstellung des Etatsentwurfes hätten die Oktoberpreise diesmal nicht berücksichtigt werden können, dieselben seien vielmehr erst im Laufe der Commissionsberatungen bekannt und nachträglich noch in Berücksichtigung gezogen worden. Dadurch erhöhe sich der Anseh für Naturalverpflegung der Truppen um 1361360 Mk.

Abg. v. Buol (Centr.): Der Druck der Quartierlast besonders beim Manöver ist schon oft Gegenstand von Klagen gewesen. Mühsenswerth wäre es auch, die Stellung der Regierung zu der principiellen Frage, ob die Magazinverpflegung oder die Quartierverpflegung den Vorzug verdiene, kennen zu lernen.

Generallieutenant Stockmarr: Wir können im militärischen Interesse nicht auf die Magazinverpflegung verzichten. Es ist durchaus nothwendig, nicht bloß die Truppen an diese Art der Verpflegung zu gewöhnen, sondern hauptsächlich das Intendantur- und Magazinpersonal bei dieser Gelegenheit für den Kriegsfall einzuläuen.

Staatssekretär Frhr. v. Matschka erklärt, daß bezüglich der von der Commission vorgeschlagenen Etatserhöhung ein Beschluß des Bundesraths zwar noch nicht gefaßt sei, er aber begründete Veranlassung habe, anzunehmen, daß diese Erhöhung des Etats einen Widerspruch seitens der verbündeten Regierungen nicht erfahren wird. — Die Anregung des Abg. Freiherrn v. Buol verdiene zwar sorgfältig geprüft und erwogen zu werden, er müsse aber darauf aufmerksam machen, daß eine Erhöhung des Etats hier von höchster finanzieller Tragweite sei, da sie sich sofort auf Millionen belaufe. Und eine derartige Mehrbelastung des Reichs und der Steuerzahler müsse nach Möglichkeit vermieden werden.

Die von der Commission vorgeschlagenen Erhöhungen des Etats werden bewilligt.

Zu Kapitel 34 Titel 1 „Reisekosten und Tagegelber“ beantragt

Abg. Haarmann (nat.-lib.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Position im nächsten Etat angemessen zu erhöhen, um den Mannschaften des stehenden Heeres im Fall der Urlaubsertheilung alljährlich für eine Reise in die Heimath freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen zu gewähren. Den Mannschaften würde es bei den weiten Entfernungen der Garnison von der Heimath oft sehr ershwert, ihre Angehörigen zu besuchen, und es entspräche der Billigkeit, hier Erleichterung eintreten zu lassen.

Abg. v. Gilschhausen (Reichsp.) stimmt dem Antrage zu, wünscht aber, daß die Einjährig-Freiwilligen von der Maßregel ausgenommen werden.

Abg. Richter hält den Antrag für gut gemeint, macht aber darauf aufmerksam, daß, wenn dadurch dem Reiche finanzielle Opfer auferlegt würden, die Behörden leicht weniger Urlaub ertheilen würden, namentlich dort, wo die Ausgaben erhebliche sind, bei weiten Entfernungen von der Heimath bis zur Garnison. Das Finanzinteresse werde in Conflict mit der Urlaubsertheilung treten. Der Conflict könne vielleicht durch

eine andere Formulirung gelöst werden. Er beantragte daher commissarische Berathung.

Der Antrag Haarmann geht darauf an die Budgetcommission; das Kapitel wird bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben erklärt

Abg. Richter: Um die Verhandlungen abzukürzen, will ich allgemein erklären, daß wir uns der Bewilligung der Forderungen für die Verbesserung der Bewaffnung, Munition und Ausrüstung nicht entziehen können, ebenso wenig der Bewilligung derjenigen Neubauten, die in Verbindung mit der Dislocation der Truppentheile stehen. Sind diese Ausgaben nothwendig, so müssen um so mehr die anderen Bauten vermieden werden. Die Absätze der Commission gehen uns nicht weit genug, wir sind grundsätzlich gegen die Neubauten, die nicht an den Grenzen erforderlich sind, in diesem Jahre und stimmen auch gegen den Bau einer neuen Conservenfabrik. Wir halten die Bauten im Innern des Landes um so weniger für dringend, als der Kriegsminister in der Commission erklärt hat, daß die früher aufgestellten Kasernungspläne veraltet seien und für die nächste Session ein neuer aufgestellt werden solle, und weil er ferner die Absicht ausgesprochen hat, später die kleineren Orte, denen Garnisonen genommen sind, zu entschädigen, soweit es das militärische Interesse möglich macht. Principiell sind wir gegen die weitere Ausdehnung der Officierscasinos und gegen die jetzt beliebte Forderung des Baues von Garnisonkirchen, weil wir eine solche Trennung von Bürgern und Militär nicht wünschen. Da unsere Anträge in der Commission von anderen Parteien nicht unterstützt sind, verzichten wir darauf, bei den einzelnen Positionen unsere Ansichten darzulegen und die Anträge zu wiederholen.

Gemäß den Commissionsanträgen werden die Forderungen von 141 800 Mk. für den Neubau eines Körner- bzw. Mehlmagazins in Magdeburg, von 14 500 Mk. als erste Rate zum Neubau von Magazinbauten in Gleiwiß, von 7300 Mk. als erste Rate zum Ausbau von Magazinbauten in Hanau gestrichen.

Bei der Forderung für die Garde du Corps-Kaserne in Potsdam (zweite Rate) spricht

Abg. Baumbach (freis.) für eine Absehung dieser Position für den Fall, daß die Garde du Corps-Kaserne in der Charlottenstraße in Berlin, wie es den Anschein habe, nicht für Zwecke des Bibliothekbaues verwendet werden sollte.

Kriegsminister v. Bredt: Seit den Commissionsverhandlungen hat sich insofern ein Novum ergeben, als ersichtlich geworden ist, daß das betreffende Grundstück gar nicht dem Reich gehöre, sondern der Grund und Boden zum Marstallgrundstück gehöre, also Besitzer somit das Oberhofmarschallamt ist. Bezüglich der weiteren Benutzung dieses Grundstücks darf aus dem Umstand, daß augenblicklich militärische Bureaus dorthin verlegt worden sind, nicht gefolgert werden, daß es nicht in Zukunft für andere Zwecke verfügbar wird. (Beifall.)

Abg. Richter: Nach der Erklärung des Kriegsministers gehört die weitere Verfolgung der Sache in das preussische Abgeordnetenhaus. Es muß bestreben, daß die preussischen Herren Minister diese Frage mit so wenig Aufmerksamkeit verfolgt haben, daß der Herr Kriegsminister von allen diesen Dingen gar keine Kenntniß haben konnte. Im preussischen Abgeordneten-

hause ist wiederholt fast in jedem Jahre darauf hingewiesen worden, in welchen Nothstand die Bibliothek und die Akademie dadurch gerathen, daß die weitere Ausdehnung derselben wegen der dazwischen liegenden Garde du Corps-Kaserne nicht möglich ist. Nachdem von militärischer Seite diese Hindernisse weggeräumt sind, ist zu erwarten, das seitens der Civilministerien die Sache mit aller Energie verfolgt werden wird.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Des weiteren werden gestrichen an Forderungen für Kasernenbauten u. a. 41 000 Mk. für Posen, 110 000 Mk. für Reisse, 30 000 Mk. für Oppeln, 35 000 Mk. für Osnabrück, 20 000 Mk. für Aarlruhe (für Neubau einer Cavallerie-Kaserne daselbst werden statt 610 900 nur 300 000 Mk. bewilligt.) Für den Neubau einer Cavalleriekaserne u. s. w. in Darmstadt werden statt 844 000 nur 344 000 Mk., für den Erweiterungsbau der Artilleriekaserne ebendort statt 485 000 Mk. 150 000 Mk. bewilligt. Für den Neubau einer Kaserne u. s. w. für eine Abtheilung Feldartillerie in Mainz werden 127 400 Mk. von der Forderung von 477 400 Mk. abgesetzt. Das Extraordinarium des außerordentlichen Etats wird durchweg nach den Commissionsanträgen bewilligt.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Vermischte Nachrichten.

* [Den Ursprung der Grippe] Will eine Aufschrift an die „Times“ auf die großen Ueberschwemmungen in China im Laufe des vergangenen Jahres zurückführen. Der furchtbare Schlam des über seine Ufer getretenen gelben Flusses bedeckte weite Strecken und die brennende Sommerhitze erzeugte in dieser mit Dünger gesättigten Decke Millionen von Keimen, die dann durch die gleichzeitigen starken Winde in die Welt hinausgetragen wurden. Die jetzige Grippe wäre also auf der ausgetrockneten Oberfläche der chinesischen Provinz Honan entstanden.

* [Die Germania auf dem Niedermwald] Ist kürzlich im Mainzer Carnevalsverein etwas schöne angefangen worden:

Die Germania hat man oben auf den Niedermwald gestellt.

Und der Plak im schönen Rheingau über alles ihr gefällt.

Aber als sie hat gesehen, wie man dort den Rheinwein mischt,

Ei, da wollt' sie wieder 'runter und da kommt' sie aber nicht.

Hör', Germania, lieber Schatz,
Bleib' nur ruhig auf dem Plak,

Denn die Schmirerel zumal
Ist jezt überall egal! . . .

* [Affenfang.] Die „Newyorker Staatsztg.“ schreibt: Fast alle Affen, welche man in den Vereinigten Staaten zu sehen bekommt, werden auf der Landenge von Panama in der Nähe des Städtchens Gorgona, unweit der Panama-Eisenbahn, gefangen. Die Einwohner sind fast ausnahmslos eingeborene Neger, denn für Weiße ist das Klima geradezu mörderisch. Nur durch fortwährenden Gebrauch von Reizmitteln und Chinin kann der Kaukasiar sich hier einigermaßen auf den Beinen erhalten. Die ganze Gegend ist sumptig; die tropische Vegetation ist üppig und bildet wahre Urwälder, welche gegen Abend giftige und fieberbringende

Nebel aushauchen. Diese Wälder mit ihren hochragenden, dichtbelaubten Stämmen, ihrem durch die rankenden Schlingengewächse zu einem fast unburchbringlichen Dicksicht verflochtenen Unterholz beherbergen unzählige Affen. Truppenweise wandern sie von Baum zu Baum, stets lebhaft schreiend, sich um die Früchte zankend und balgend. Als Anführer schreitet meist ein alter Affe voran, der eine gewisse Autorität ausübt, Störenfriede ohne weiteres ohrfeigt und zur Ruhe weist. Die Art, wie sie gefangen werden, erinnert lebhaft an manche Münchhausen'sche Abenteuer, und doch ist die Erzählung wohlverbürgt. Sobald die Dorfbewohner nämlich von der Nähe eines Affenrucks Kenntniß erlangen, legt man einen sonderbaren Räder aus. Derselbe besteht aus einer ausgehöhlten Kokosnuß mit einem Stück Zucker darin. In die Nußschale ist ein Loch gebohrt, groß genug für die Hand des Affen. Die Nuß selbst wird an eine starke Schnur gebunden, deren Ende die im Gebüsch versteckten Jäger in der Hand halten. Nicht lange dauert es, so kommen die Affen heran, neugierig, jedoch in vorsichtiger Entfernung, die Nuß betrachtend. Endlich wagt es einer der neugierigsten und kühnsten, herabzusteigen und die Hand in das Loch der Nuß zu stecken. Drinnen fühlt er den Zucker; er will diesen herausziehen, aber für die geballte Faust ist die Öffnung zu klein. Inzwischen fängt der Jäger langsam an, die Schnur zu sich heranzuziehen. Der Affe will den Zucker nicht fahren lassen und folgt, wenn auch widerstrebend, der sich fortbewegenden Kokosnuß. Die übrigen Affen, das seltsame Gebahren ihres Genossen beobachtend, kommen schreiend von den Bäumen herunter und folgen ihm in dichtem Schwarm. Jezt ist der günstige Augenblick gekommen. Ueber der nichtsahnenden, lärmenden und Purzelbäume schließenden Schaar schlägt plötzlich das Netz des Jägers zusammen — und alle Affen sind gefangen. Die Neger verkaufen ihren Fang an bestimmte Händler, welche ihre lebendige Waare sodann nach allen Theilen der Union importiren; die meisten Affen werden von Drehorgelspielern gekauft.

Börsen-Depeschen der Danz. Zeitung.

Hamburg, 13. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinischer loco neuer 186—198. — Roggen loco rubig, mecklenburgischer loco neuer 184—188. russ. loco rubig, 124—128. — Safer loco rubig. — Gerste loco rubig. — Hafer (unverpolt.) höher, loco 69 nom. — Spiritus still, per Jan. 21 1/2 Br., per Jan. Febr. 21 1/4 Br., per April-Mai 21 1/4 Br., per Mai-Juni 22 Br. — Raffee fest, Umsatz 4500 Sach. — Petroleum still, Standard white loco 7.00 Br., per Februar-März 7.00 Br.

Hamburg, 13. Januar. Raffee. Good average Santos per Januar 84, per März 83, per Mai 83, per Sept. 82 1/2. Ruhig.

Hamburg, 13. Januar. Zuckermarkt. Albenrohrzucker: Product. Basis 88 % Rendement, neue Lance. f. a. B. Hamburg per Januar 11.75, per März 12.00, per Mai 12.22 1/2, per Juli 12.47 1/2. Stetig.

Havre, 13. Januar. Raffee. Good average Santos per März 101.25, per Mai 101.25, per September 101.50. Ruhig.

Bremen, 13. Januar. Petroleum. (Schlußbericht.) Still Standard white loco 7.00 Br.

Frankfurt a. M., 13. Jan. Effecten-Gesellschaft. (Schluß.) Credit-Actien 182 1/2. Francoen 120 1/2. Lombarden 120 1/2. Galizier 162 1/2. Acceptor — 4 % ungar. Goldrente 88.10. Gotthardbahn 188.60. Disconto Commandit 248.80. Dresdener Bank 192.30. Gelsenkirchen 217.20. 3 % portugiesische Anleihe 65.20. Fest.

Discont der Reichsbank 5 %.	
Gorten.	
Dukaten	20.38
Sovereigns	16.19
20 Francs St.	—
Imperials per 500 Gr.	4.13
Dollar	20.48
Englische Banknoten	81.10
Frankösische Banknoten	173.90
Oesterreichische Banknoten	221.50
Russische Banknoten	